



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Astrid Koba

Wiesbaden, 25.06.2015

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
am Mittwoch, 01. Juli 2015, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. 15-F-03-0061

Streik der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1.6.2015 -

Auch in Wiesbaden befinden sich seit dem 11. Mai die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst im Streik. Eine der Hauptforderungen der Streikenden ist die grundsätzliche Höhergruppierung der Beschäftigten. Derzeit sind z.B. die überwiegende Anzahl der Beschäftigten im Kindertagesstättenbereich laut Haushaltsplan in Stufe S 8 eingruppiert. Presseöffentlich fordert die Gewerkschaft der Streikenden für diese Gruppen die Stufe 10. Die Fraktion B90/Die Grünen ist der Ansicht, dass eine bessere Eingruppierung der Sozial- und Erziehungsberufe angesichts der gestiegenen Anforderungen angemessen ist. Inwieweit diese Eingruppierung erfolgen soll, ist jedoch allein den Tarifparteien überlassen. Der Streik belastet mittlerweile Kinder und Familien in einem hohen Maße. Die Tarifpartner sollten deshalb möglichst schnell die Tarifverhandlungen aufnehmen und zu einer Einigung kommen.

Nach nun mehr als 2 Wochen Streik wird von den betroffenen Eltern der Wunsch geäußert die Gebühren für die entgangene Betreuung und das Essensgeld zurückerstattet zu bekommen. Zwar besteht für die Eltern in Wiesbaden wohl kein Rechtsanspruch auf eine Rückerstattung, jedoch ist aufgrund der Streikdauer eine Rückerstattung aus Kullanzgründen angebracht, zudem neben der entgangenen Dienstleistung vielen Eltern mittlerweile Betreuungskosten durch Dritte, z.B. Tagesmütter, entstanden sind. Laut Presseberichterstattung vom 20.5.2015 würden einige Städte z.B. Hanau den Eltern Kitagebühren während der Streiktage erstatten. Diesen positiven Beispielen sollte Wiesbaden folgen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

I. Der Magistrat wird gebeten,

sich gegenüber dem Kommunalen Arbeitgeberverband für eine unverzügliche Wiederaufnahme der Verhandlungen der Tarifparteien einzusetzen und deutlich zu machen, dass die Stadt Wiesbaden einer angemessenen Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe positiv gegenüber steht. Es soll darin auch klargestellt werden, dass die Sozial- und Erziehungsberufe im Sinne der gesamten Gesellschaft tätig sind und entsprechend die aufkommenden Mehrbelastungen nicht allein von Seiten der Kommunen und Eltern zu tragen sind, sondern sich vielmehr Land und Bund ebenfalls in angemessener Weise zu beteiligen haben.

II. Der Magistrat wird gebeten,

den betroffenen Eltern die geleisteten Gebühren inkl. Verpflegungsgeld anteilig entsprechend für die streikbedingten Ausfallzeiten zurückzuerstatten.

2. 15-F-03-0062

Bewerbung Siegel "Kinderfreundliche Kommune"
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 18.06.2015 -

Für Städte besteht seit einiger Zeit die Möglichkeit sich an der Zertifizierung „Kinderfreundliche Kommune“ zu beteiligen. Mit der Teilnahme an dem dazugehörigen Zertifizierungsverfahren verpflichten sich die Kommunen, die Rechte der Kinder aus der UN-Kinderrechtskonvention in der Stadt umzusetzen.

Laut Sitzungsvorlage 14-V-51-0045 vom August 2014 war das Amt 51 mit der Bewerbung für das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ beauftragt. Gemäß Schreiben des Vereins „Kinderfreundliche Kommune e.V.“ vom 4.6.2015 an die Fraktionen, wurde Wiesbaden aufgefordert, einen entsprechenden StVV-Beschluss zu treffen. Aber es sei derzeit seitens des Magistrats beabsichtigt, die Bewerbung zurückzuziehen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob die Auskunft des Vereins zutreffend ist und was die Gründe für die beabsichtigte Rücknahme der Bewerbung sind.

3. 15-F-05-0012

Therapie-Bäder für Rheuma-Patienten in Wiesbaden
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 17.06.2015 -

Die LHW bezeichnet sich als „Gesundheitsstadt“, was zuletzt vom Herrn Oberbürgermeister anlässlich der Verleihung des Carol-Nachman-Preises im Festsaal des Rathauses am 29. Mai 2015 betont wurde. Dieser auf dem Gebiet der Rheumaforschung vergebene Preis unterstreicht die Tatsache, dass Wiesbaden eines der wichtigsten Zentren der Rheumatologie in Deutschland ist.

Hierzu beigetragen haben die Thermalquellen, die seit Jahrhunderten genutzt werden, um durch Bewegung in temperiertem Wasser eine Verbesserung der körperlichen Beeinträchtigungen zu erzielen. Allerdings ist auch temperiertes Leitungswasser geeignet, diese Wirkung herbeizuführen: Der Auftrieb des Wassers vermindert die Körperschwere und macht alle Bewegungen leichter. Dies wird gerade von Rheuma-Patienten als angenehm empfunden, bei denen der Knorpel, der die Gelenkknochen überzieht, geschädigt ist, was große Schmerzen verursacht. Unbestritten ist Bewegung, und hier vorzugsweise unter Anleitung in ca. 30° C warmem Wasser, hervorragend geeignet, einem weiteren Verschleiß vorzubeugen und wird deshalb oft von den behandelnden Ärzten empfohlen.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. Welche Möglichkeiten haben Rheuma-Kranke aktuell, in der LHW in geeigneten Becken unter Anleitung Bewegungs-Therapie in temperiertem Wasser zu betreiben?
2. Wie viele Stunden zu welchen Tageszeiten können von Rheuma-Patienten genutzt werden?
3. Wie groß ist die Zahl von Patienten, die hiervon profitieren kann?
4. Für ganz Deutschland wird die Zahl der an Rheuma Erkrankten auf ca. 800.000 geschätzt, gibt es Schätzungen betreffend die LHW?

4. 15-F-08-0031

Kündigungsfristen nach Tod von Angehörigen
- Antrag von Linke&Piraten vom 23.06.2015 -

Der Presseberichterstattung und einem Schreiben an die Fraktionen war zu entnehmen, dass eine Bürgerin negative Erfahrungen nach dem Tod von Angehörigen mit der Abwicklung der Wohnungskündigung bei einem städtischen Wohnungsunternehmen machen musste.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, Kündigungsfristen im Todesfall abweichend vom BGB zugunsten der Angehörigen zu verkürzen?
2. Welche Standards gibt es in der Stadtverwaltung und in stadteigenen Gesellschaften im Umgang mit trauernden Angehörigen?

3. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um zukünftig ähnliche Vorkommnisse zu verhindern?

5. 15-F-08-0032

Rauchverbot auf Kinderspielplätzen
- Antrag von Linke&Piraten vom 23.06.2015 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,
welche Erfahrungen es mit der Umsetzung des Rauchverbots auf Kinderspielplätzen gibt.

6. 15-F-03-0065

Personalsituation im Gesundheitsamt/Sozialpsychiatrischer Dienst
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 23.06.2015 -

Laut Haushaltsplan 2014/2015 sieht der Stellenplan für den Sozialpsychiatrischen Dienst 2 Beamten- und 11 Angestelltenstellen vor. Besetzt seien davon laut Stellenplan insgesamt 11.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Wie ist die aktuelle Besetzung der Planstellen (unterteilt in Voll- und Teilzeitstellen) im Sozialpsychiatrischem Dienst?
2. Falls nicht alle Stellen besetzt sind, wie wird die ambulante Versorgung von psychisch kranken Menschen sichergestellt?
3. Wie ist der aktuelle Stand bei der Besetzung der 2. ärztlichen Stelle im Sozialpsychiatrischen Dienst?

7. 15-F-03-0066

Schuleingangsuntersuchung
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 22.06.2015 -

Die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung (15-F-03-0010) zeigen, dass in Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen der Anteil der regelabweichenden Schulempfehlung für Kinder deutlich über der in Stadtteilen mit niedrigen sozialen Bedarfslagen liegt. So weisen z.B. Kinder aus Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen weit überdurchschnittlich keine guten Schulvoraussetzungen iSd Indikators „Ressourcen für einen guten Schulstart“ auf. Diese Vorbelastung wirkt sich über die gesamte Schulzeit aus. Eine weitere Verbesserung der sozialen Versorgung in Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen ist deshalb nötig.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie bewertet der Magistrat die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung?
2. welche Konsequenzen beabsichtigt der Magistrat aus den Erkenntnissen der Schuleingangsuntersuchung zu ziehen?

3. welche zusätzlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Schulempfehlungen für Kinder aus Stadtteilen mit besonderen Bedarfslagen sind angedacht?

8. 15-F-08-0033

Erstattung von Kita-Gebühren bei Streik
- Antrag von Linke&Piraten vom 23.06.2015 -

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat wird aufgefordert, die Betreuungsgebühren sowie entsprechende geleistete Verpflegungsentgelte für die Tage, an denen eine Betreuung streikbedingt nicht möglich ist, zu erstatten. Die Inanspruchnahme eines Notplatzes schließt den Anspruch auf Erstattung aus.
2. Diese Regelung soll auch für mögliche zukünftige Streiks praktiziert werden. Hierzu wird der Magistrat gebeten, eine Sitzungsvorlage zur Änderung entsprechender Verordnungen oder Verträge vorzulegen.
3. Die Stadt Wiesbaden wird die zusätzlichen Kosten einer Tarifeinigung nicht durch höhere Elternentgelte kompensieren.

9. 15-F-33-0049

Unterbringung von Jugendlichen im Ausland
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 06.05.2015 -

Das ARD-Magazin „Monitor“ hat in seiner Sendung vom 30. April 2015 über die Unterbringung von Jugendlichen im Ausland berichtet. Diese Jugendlichen befanden und befinden sich in staatlicher Obhut. Begründet wurde dieses Vorgehen mit dem Fehlen von passgenauen Unterbringungsmöglichkeiten in Deutschland.

Nach dem Magazinbericht wird die Unterbringung im Ausland oft von privaten Anbietern organisiert, die vom zuständigen Jugendamt eine Pauschale für diese Dienstleistung bekommen. In einem Fall waren Mitarbeiter des Jugendamts sogar an den privaten Anbietern beteiligt.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- a) ob Jugendliche, die sich in Obhut des Wiesbadener Jugendamts befinden, in Einrichtungen im Ausland untergebracht sind. Wenn ja, um wie viele Jugendliche handelt es sich?
- b) ob es genehmigte Nebentätigkeiten von städtischen Mitarbeitern im Sozialbereich gibt, die inhaltlich in einem Verhältnis zu ihrer Haupttätigkeit stehen.

10. Gemeinsam aktiv - Unternehmen im Schelmengraben

ANLAGE

- *Beschluss des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 5.11.2014* -

11. 15-V-51-0001

DL 10/15-4, 08/15-5 + ANLAGE

U3-Ausbauprogramm 48; Schaffung von 20 zusätzlichen Krippenplätzen in der Ev. Kindertagesstätte Paul-Gerhardt-Gemeinde, Sanierung und Erweiterung
- *Protokollnotiz des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 29.4.2015* -

12. 15-A-50-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitsbereich

13. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 15-F-03-0005

ANLAGE

Gesundheitskarte für AsylbewerberInnen und Humanitäre Sprechstunde
- *Bericht des Dezernates II vom 5.5.2015* -

2. 15-F-05-0004

ANLAGE

Mehr Unterstützung für Selbsthilfegruppen!
- *Bericht des Dezernates VI vom 23.4.2015*-

3. 15-F-05-0009

ANLAGE

Babyboom in Wiesbaden / Konsequenzen?
- *Bericht des Dezernates II vom 13.5.2015* -

4. 15-F-08-0020

ANLAGE

Beratungsangebote für Sinti und Roma
- *Bericht des Dezernates V vom 09.6.2015* -

5. 14-V-51-0059

DL 22/15-1

Änderung der Förderrichtlinien zur Förderung von Maßnahmen ehrenamtlich organisierter Jugendorganisationen in Wiesbaden und der Förderrichtlinie für die Gewährung von Individualbeihilfe

6. 15-V-02-0002

DL 25/15-3

Kommunale Zuschussförderung im Wohnungsbau, Bierstadter Höhe

7. 15-V-02-0004 DL 22/15-1 NÖ

Bildung einer Rückstellung im Jahresabschluss 2014 zur Deckung der Zinspflichten für abgerufene Programmmittel "Sanierung Bergkirche", "Soziale Stadt Biebrich-SüdOst" und Soziale Stadt "Inneres Westend"

8. 15-V-04-0003 DL 25/15-4

"Soziale Stadt Biebrich-SüdOst",
Neugestaltung Rheinufer Abschnitt-Ost, Vorfinanzierung Abschnitte Mitte + Ost

9. 15-V-20-0022 DL 22/15-2

Investitionscontrolling 1. Quartal 2015

10. 15-V-50-0001 DL 22/15-4

Städtisches Programm für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung - Teil III dauerhafte Maßnahmen

11. Verwendung anteiliger Spielbankmittel (Tronc) für den Bereich Soziales 2015; Bericht zu den Anträgen 1. Quartal 2015 Troncmittel Soziales 2015

ANLAGE

12. 15-V-51-0025 DL 22/15-5

Geschäftsbericht Bezirkssozialarbeit Wiesbaden 2013

13. 15-V-51-0028 DL 25/15-8

Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen, Wiedereinführung "Fehlbelegungsabgabe" LH Wiesbaden

14. 15-V-51-0030 DL 25/15-9

Realisierung des Standortes Nord der Sozialen Dienste - Schwalbacher Straße 26-28

15. 15-V-80-8008 DL 23/15-6

Kofinanzierung Projekt QuABB - Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Betrieb und Berufsschule

Zu den nachfolgenden Sitzungsvorlagen berät der Magistrat am 30.06.2015:

- | | | |
|------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------|
| 16. | 15-V-02-0001 | DL 27/15-4 |
| | Soziale Stadt Biebrich-SüdOst, Industriegrenze, Salzstraße/Am Rheinbahnhof | |
|
 | | |
| 17. | 15-V-11-2002 | DL 27/15-5 |
| | Maßnahmen auf der Basis der Ergebnisse der Mitarbeitendenbefragung sowie Stand der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Gutachten von Herrn Prof. Badura | |
|
 | | |
| 18. | 15-V-51-0034 | DL 27/15-9 |
| | Geschäftsbericht der Schulsozialarbeit Wiesbaden für das Jahr 2014 | |
|
 | | |
| 19. | 15-V-51-0035 | DL 27/15-10 |
| | Wiesbadener Geschäfts- und Eingliederungsbericht SGB II - Jahresbericht 2014 | |
|
 | | |
| 20. | 15-V-53-0307 | DL 27/15-11 |
| | Schulärztliche Untersuchungen für schulpflichtige Kinder aus Flüchtlingsfamilien oder unbegleitete minderjährige Flüchtlinge | |

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Manjura
Stellv. Vorsitzender